

Was kommt nach Euro und EU?

Die Zentralisierung führt in die Sackgasse, es gibt eine freiheitliche Alternative für Europa / Von Bruno S. Frey

Wie die Probleme mit den explodierenden Staatsschulden im Euroraum ausgehen, weiß niemand. Aber etwas ist unbestritten: Die Überlebenschance des Euro hat wesentlich abgenommen, was sich auch deutlich auf den Märkten widerspiegelt. Die Akteure wollen sich für das höhere Ausfallrisiko von Griechenland, Portugal und anderen südlichen Euroländern mit höheren Zinsen kompensieren lassen. Ebenso sind die Versicherungsprämien für entsprechende Ausfallrisiken deutlich gestiegen. Dies bedeutet nicht, dass der Euro oder gar die EU notwendigerweise untergehen. Jedoch sollte man sich vermehrt mit möglichen Zukunftsszenarien auseinandersetzen.

Bisher wird allzu häufig wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die EU und ihre währungspolitische Ordnung aufrechterhalten bleiben. Gleichzeitig mehren sich jedoch begründete Zweifel, ob das Übertünchen der immensen Staatsschulden mit immer neuen Kreditzusagen tatsächlich die zugrunde liegenden Probleme beseitigt. Sie werden möglicherweise sogar verstärkt. Dieser Beitrag geht von zwei Annahmen aus. Erstens, der Prozess der europäischen Einigung wird weitergehen, nicht zuletzt weil alle Länder sich davon eine Sicherung des Friedens erhoffen. Zweitens, die Rückkehr zu isoliert handelnden europäischen Nationalstaaten ist zu Recht versperrt.

Ich vermute jedoch, dass sich sowohl der Euro als auch die EU als Ganzes in der heutigen Form nicht aufrechterhalten lassen. Dazu hinterlässt die europäische Finanzkrise zu tiefe Spuren. Zwei Szenarien sind denkbar: Das eine ist eine fortschreitende Zentralisierung. Das andere ist eine Aufsplitterung der bisherigen EU, bei der einige Teile überleben und andere Teile der EU-Institutionen verschwinden. Weiter existieren werden diejenigen Teile der EU, die überzeugend eine Funktion erfüllen. Untergehen sollten jene Teile, die unzureichend funktionieren und nur noch infolge einer politisch-bürokrati-

sche Unterstützung weiter existieren.

Eine solche Aufsplitterung wäre keine Tragödie. Eine radikale Veränderung der bestehenden europäischen politischen und finanziellen Ordnung im Rahmen der EU bedeutet keinesfalls das Ende Europas – ganz im Gegenteil. Es bietet sich die Chance, ein Zusammenwirken der verschiedenen Menschen und Länder in Europa in einer Weise zu erreichen, die den Verhältnissen besser entspricht.

Das zukünftige Europa sollte aus einem Netz von unterschiedlichen Verträgen und institutionellen Einheiten bestehen. Aus denjenigen Teilen der heutigen EU, die produktiv wirken, können neue Vereinbarungen zur Zusammenarbeit entstehen. Beteiligen sollen sich dabei nur diejenigen Länder, die dies für sich als vorteilhaft erachten und die von den anderen akzeptiert werden. Für eine gemeinsame zukünftige europäische Währung werden nicht einfach Länder nach politischen Kalkülen zusammengewürfelt. Vielmehr beteiligen sich nur diejenigen Länder, die den Anforderungen eines „optimalen Währungsraumes“ (à la Robert Mundell) entsprechen. Zu den Bedingungen zählen ein ähnlicher Entwicklungsstand und eine ähnliche Budgetdisziplin. So entstehen funktionale Einheiten, die nicht alle heutigen Mitglieder der EU umfassen müssen. Einige Länder können und wollen sich nicht beteiligen.

Solche freiwilligen und offenen Vereinbarungen ermöglichen auch Ländern außerhalb der heutigen EU eine Beteiligung. Dies bedeutet etwa, dass sich die Türkei wirtschaftliche Vereinbarungen mit andern europäischen Ländern anschließen kann. Ein Beispiel sind Freihandelsabkommen, die beiden Seiten Vorteile verschaffen und deshalb freiwillig eingegangen werden. Hingegen können Länder, die als mangelhaft demokratisch angesehen werden, ausgeschlossen bleiben. Zu europaweiten öffentlichen Gütern werden nur Länder zugelassen, die auch tatsächlich zur Finanzierung beitragen, also

ein verlässliches Steuersystem haben.

Die funktional orientierten Einheiten erlauben es auch, dass sich untergeordnete staatliche Körperschaften beteiligen können. So könnten sich beispielsweise die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und die Kantone St. Gallen und Thurgau zu einer Jurisdiktion zusammenschließen, die sich mit der Bewältigung des Tourismus und mit dem Naturschutz im Bodenseeraum beschäftigen.

Derartige funktionale, sich überlappende und miteinander im Wettbewerb stehende Jurisdiktionen (kurz FOCJ; ein mit Reiner Eichenberger entwickeltes Konzept) entsprechen der Idee Europas weit besser als der heute immer wieder beschworene Versuch eines immer engeren, zentralistischen und etatistischen Zusammenschlusses. Das lebendige und friedliche, weil funktionale Zusammenleben unterschiedlicher Einheiten entspricht der europäischen Vielfalt. Unterschiede zwischen Ländern werden fruchtbar gemacht und nicht durch Direktiven aus Brüssel unterdrückt. Der heute von manchen Politikern unternommene Versuch,

Europa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten zu konstruieren, ist unproduktiv.

Betrachtet man die Situation in Europa, wird sofort deutlich, dass derartige funktionale Einheiten wegen des Drucks der herrschenden Verhältnisse bereits entstanden sind. Der Schengen-Raum ist keineswegs mit dem EU-Raum identisch. So ist zum Beispiel das Vereinigte Königreich nicht dabei, dafür nimmt das Nicht-EU-Land Schweiz teil. Auch der Euroraum umfasst nicht alle EU-Mitglieder; Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich haben sich geweigert, an diesem wenig glückten Experiment teilzunehmen.

In der abgehobenen Europa-Debatte werden solche Einheiten, die nicht alle EU-Mitglieder umfassen, als unvollständig und ungut angesehen. Dabei stellen unterschiedliche Räume die wünschenswerte Zukunft der EU dar. Ein Netz unterschiedlicher freiwilliger Körperschaften schafft ein Gebilde, das flexibel und offen auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren kann.

Bruno S. Frey ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten Zürich und Warwick.